



Staatsgründung Israels  
(von Rudi Weissenstein)



Miriam Weissenstein, Witwe des Fotografen der  
israelischen Staatsgründung in seinem Atelier



Rabin-Gedenkstätte

## Rundbrief 6 aus Tel Aviv, Hebron und Jerusalem

### Politische Optionen

von Manon Vollprecht

In den letzten Wochen habe ich Möglichkeiten gehabt, mich hier in der Region auch etwas nach Meinungen umzuhören. Ich habe ein paar Palästinenser befragt und hatte die Gelegenheit mich in der deutschen Botschaft und der Knesset etwas umzusehen. Der politische Wert dieser Aussagen darf natürlich bezweifelt werden. Es waren keine Entscheidungsträger unter den Befragten, aber auch die würden sich gegenüber mir natürlich nicht offen äußern.



Die Knesset – das israelische Parlament

Ein Besuch in der Knesset begann mit einer kurzen filmischen Einführung in die Geschichte des Gebäudes und seiner Bedeutung für Israel.

**„Die Knesset spiegelt die Essenz einer wiedergeborenen Nation wieder...eine Verbindung, die durch die Bibel bestätigt 4000 Jahre zurückreicht.“**

Im Anschluss vernahm ich in einer Diskussionsrunde mit Shay Even, dem politischer Berater des Knessetabgeordneten Nitzan Horowitz, Folgendes:

**„Wir werden die Angelegenheit mit den Palästinensern und den Syrern lösen. Die Frage ist, was Israel für ein Staat sein wird, wenn diese Fragen gelöst sind. Ein säkularer oder ein orthodoxer? Das ist die wichtigste Angelegenheit.“**

Israel hat keine Verfassung, versteht sich aber als jüdischer Staat. Wie weit die Religion in die Staatsangelegenheiten eingreifen kann, ist nicht geregelt und ist daher eine große Herausforderung. Bei einer Führung durch die Knesset, das israelische Parlament, wurde auch deutlich, wie alles in einander verwoben ist. Die Menora, der siebenarmige Leuchter, ist zugleich auch das Symbol des israelischen Parlaments. Auf die Frage, warum denn ein religiöses Symbol für eine staatliche Institution verwendet würde, antwortete der Führer:

**„Well, we mix things, you cannot deny!“ (dt. Nunja, wir vermischen solche Dinge. Das kann man nicht verneinen!)**

Eine weitere sehr interessante Begegnung hatte ich den vergangenen Wochen mit Gil Yaron, dem Nahostkorrespondenten einiger Tageszeitungen mittlerer Reichweite in Deutschland. Er gab eine kleine Einführung in die Situation im Nahen Osten, die Bedrohungslage für Israel und erklärte die wichtigsten Punkte auf der außen- und sicherheitspolitischen Agenda der israelischen Regierung. Er kam zu der folgenden, etwas ernüchternden Einschätzung:

**„Dieser Konflikt lässt sich im Augenblick nur verwalten, nicht lösen...Aus Sicht der israelischen Regierung hat Israel die Palästinenser als Sicherheitsrisiko im Griff. Ganz oben auf der Agenda steht aber Iran und die Angst vor den Folgen des Atomprogramms.“**



Gil Yaron



Gregory Bledjian

Auf ganz ähnliche Ansichten bin ich auch in der deutschen Botschaft in Tel Aviv gestoßen, als ich einer Gesprächsrunde mit dem ersten Sekretär der politischen Abteilung beiwohnte. Der Botschafter war angefragt, wurde aber durch Gregory Bledjian vertreten, der sich als genauer Kenner der Situation entpuppte. Der Iran sei die zentrale sicherheitspolitische Aufgabe, für die Strategien von der israelischen Regierung und ihren Behörden erarbeitet würden. Einem so präzisen und schmerzhaften Präventivschlag steht er aber auch skeptisch gegenüber:

**„Nicht einmal die Israelis sind der Meinung, sie wären in der Lage das Problem [mit dem iranischen Atomprogramm] zu ‚lösen‘.“**

In Hebron befragte ich ein paar Palästinenser nach ihrer Meinung zu einer Lösung des Konflikts, ob sie sich eine Einstaatenlösung oder doch zwei Staaten vorstellen.

Hakimat, eine Mitarbeiterin der Abteilung für Schulgesundheit im Hebroner Erziehungsministerium, antwortete darauf wie folgt:

**„Ich bin für einen großen Staat Palästina, vom Mittelmeer bis zum Jordan, nur mit Palästinensern.“**

Das war schon schwer zu verstehen. Sie wirkte nicht gewaltsam, wollte kein Blutvergießen, aber eben doch Vertreibung aus einem aus ihrer Sicht Palästinensern rechtmäßig zustehendem Land. Zum Glück war dies die einzige Begegnung dieser Art.

Eine Einstaatenlösung kann auch ganz anders wahrgenommen werden. Tarik Abuata, palästinensischer Koordinator des CPT, Christian Peacemaker Teams, beschrieb eine andere Sichtweise:

**„Ich sehne mich nach einem Staat, in dem jeder leben und sich frei bewegen kann. Warum sollen Palästinenser nicht in Haifa baden gehen und Juden friedlich hier in der Nähe siedeln?“**

Eine Einstaatenlösung, soweit eine Lösung des Konflikts auch entfernt scheint, würde wie anfangs beschrieben, die Frage nach dem Charakter des Staates aufwerfen und eine heftige Diskussion über den Namen dieses Landes ist mehr als wahrscheinlich. Diese Themen scheinen hier entfernt von jeder Realität, wie ich auch bei dem Thema meiner Abschlussarbeit feststellen musste. Dennoch beschäftigen sich auch einige Palästinenser mit solcher Zukunftsmusik.





Hashem Azziz

Hashem Azziz, einer unserer wichtigsten Kontakte hier in Hebron wünscht sich

**„einen demokratischen Staat für jeden, der hier leben will. Religionen müssen privat ausgeübt werden, die palästinensischen Flüchtlinge müssen zurückkehren können. Um einen Namen für dieses Land kümmere ich mich nicht.“**

Es scheint eine großzügige Antwort, Siedlungen könnten bestehen bleiben, sonst ein großer Hinderungsgrund bei einer Zweistaatenlösung. Die Rückkehr der Flüchtlinge in das heutige Israel ist nach meiner Einschätzung illusorisch, die israelische Regierung wird der Rückkehr von etwa 4,6 Millionen Menschen nicht zustimmen, zumal viele der ehemaligen Dörfer und Städte nicht mehr

existieren und zwischen 1947 und 1967 etwa 700.000 Menschen geflohen sind. Ihre heutige große Zahl entsteht durch die Wertung ihrer Nachfahren als Flüchtlinge.

Rashad Abu Majal, ein Jerusalemer auf der Durchreise möchte

**„in Frieden leben in zwei Staaten, aber die da oben wollen einen Staat!“**

Der Wille zur Gründung eines palästinensischen Staates kann nicht mit dem Willen zur Staatsgründung in Europa das 19. Jahrhunderts verglichen werden. Aus der Sicht der Palästinensischen Autonomiebehörde wie auch vieler Palästinenser wird ein eigenständiger Staat deshalb gefordert, um die Landnahme und damit verbundenes Unrecht wieder gut zu machen, ihnen zu geben, was ihnen schon immer zustand. Die Sicherung der Zukunft durch Schutz der persönlichen Freiheit der Bürger und die Sorge für eine positive Entwicklung stehen nicht im Vordergrund, mit der Staatsgründung soll vielmehr die Vergangenheit gerade gerückt werden, so die Einschätzung von Gil Yaron.

---

Ich bin tätig im Auftrag von pax christi Deutschland als eine Ökumenische Freiwillige für das Programm Ökumenischer Friedensdienst in Israel und Palästina (ÖFPI)/Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) des Weltkirchenrates (ÖRK). Dieser Text gibt nur meine persönlichen Ansichten wieder, die nicht unbedingt die von pax christi und/oder des ÖRK sind. Wer diese Informationen verbreiten will unter Berücksichtigung des offiziellen Standpunkts der Organisationen, kann diese in Erfahrung bringen bei pax christi ([irisbildhauer@aol.com](mailto:irisbildhauer@aol.com)) oder im EAPPI Communication Officer in englischer Sprache ([cappi-co@jrol.com](mailto:cappi-co@jrol.com)).